

# Antrag Gemeinde

„Wir fordern, dass in Zukunft alle Anträge, die im Kronburger Gemeinderat eingereicht werden und die die gesamte Gemeinde oder wesentliche Gemeindeteile betreffen, vor der Abstimmung im Gemeinderat in einer Bürgerversammlung öffentlich diskutiert und abgestimmt werden müssen. Dies betrifft Flächennutzungsplan, größere Straßenbauten, Kiesabbaugebiete, Deponien, Schulbauten, usw.

Wir fordern die Gemeinde auf, auf höheren Ebenen (Landkreis, Bayerische Staatsregierung) darauf hinzuwirken, dass dies Gesetzesvorschrift wird (z.B. in der bayerischen Bauordnung). Solange dies nicht der Fall ist, verpflichtet sich die Gemeinde freiwillig, diese Forderung der Bürger in die Tat umzusetzen.“

Begründung:

Anträge, die viele Bürger in einer Gemeinde betreffen, müssen diesen Bürgern vor der Abstimmung auch öffentlich bekannt gemacht und zur Diskussion gestellt werden. Es muss ein Prozess der Meinungsbildung in einer Gemeinde möglich sein. Dies betrachten wir als wichtigen Punkt, das Demokratieverständnis in der Gemeinde zu fördern.

Gerade in der Gemeinde als unterster Entscheidungsebene können Entscheidungsfindungen transparent gemacht und das Demokratieverständnis gefördert werden. Und Entscheidungen müssen für die Bürger in ihrer Bandbreite klar gemacht werden.

Am Beispiel der Verfüllung der Lehmgrube lässt sich das gut darstellen:

In der Einladung zur Gemeinderatssitzung steht: „Antrag auf Änderung der Rekultivierung der Lehmgrube Hackenbach“. Damit ist die Dimension der Entscheidung in keinsten Weise klar.

im Auftrag der Vereinsmitglieder

Rupert Reisinger

1. Vorsitzender von „Natur statt Deponie e.V. - Erhalt von Natur, Landschaft und Lebensqualität“

Hackenbach 6

87758 Kronburg

Mail: rupert.reisinger@t-online.de